

PROJEKTBERICHT

Juli 2016



KoBra
Kooperation Brasilien

Indigene und Landrechte

Schwerpunkt: Die Neuerfindung der Linken in
Brasilien

von Uta Grunert



PROJEKTBERICHT

Indigene und Landrechte

von Uta Grunert, Juli 2016

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Entwicklungen in Brasilien.....	2
„Fora Temer –Temer raus!“ Soziale Bewegungen rufen zum Kampf auf.....	2
Indigene wehren Ernennung eines Militärs als Präsident der FUNAI ab	4
Kampf der Guarani-Kayowá gegen Rassismus, Räumung und tödliche Gewalt:.....	5
Die geplante Vereinfachung der Genehmigung von Großprojekten - PEC 65.....	7
Schwerpunktthema: Die Neuerfindung der Linken in Brasilien.....	7
Gemeinsam sind wir stark: <i>Frente Povo sem Medo</i> und <i>Frente Brasil Popular</i>	
Die neue soziale Bewegungs-Partei <i>Raiz – movimento cidadanista</i>	
Ihre Prinzipien: <i>Ubuntu</i> <i>Teko Porã</i> <i>Ecosocialismo</i> <i>Consenso progressivo</i>	
Jede Stimme zählt - Das Ende des Impeachments	
Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales.....	12
Aktionen Kampagnen Publikationen Veranstaltungen	
• Film: Count down am Xingu V von Martin Keßler	
• Greenpeace im Kampf gegen Staudämme am Tapajós	
• RTB 2016: Brasilien im Umbruch: Menschenrechte Umweltschutz Demokratie	
• KoBra-Materialien zu Olympia	
• Publikation Heinrich-Böll-Stiftung: Private Spiele? Die öffentlichen Kosten, die das Olympia-Budget verschweigt	

Aktuelle Entwicklungen in Brasilien

„Fora Temer –Temer raus!“ Soziale Bewegungen rufen zum Kampf auf

Der politische Umsturz der letzten Monate hat in Brasilien nach der eingeleiteten Amtsenthebung von Dilma Rousseff (PT) Interimspräsidenten Michel Temer (PMDB) an die Macht gespült. Noch steht dessen Bestätigung im Amt durch den Senat aus, die provisorisch Regierenden drängen zur Eile. Die Abstimmung der Untersuchungskommission wird Anfang August, das rechtskräftige Ende des Verfahrens in der zweiten Augushälfte – nach der Olympiade in Rio de Janeiro – erwartet.

Bündnisse der sozialen Bewegungen wie die *Frente Brasil Popular*¹ (Brasilianische Volksfront) FBP und *Povo sem medo* (Volk ohne Angst) haben sich zusammengetan, um gegen die Entmachtung der gewählten Präsidentin Dilma Rousseff (PT) ohne Neuwahlen zu kämpfen, die sie als *golpe* (institutioneller oder kalter Putsch) bezeichnen. Wegen der fehlenden demokratischen Legitimierung erkennen sie den Machtwechsel nicht an und rufen zu Protesten und Widerstand auf. Das Bündnis umfasst Organisationen wie die Landpastorale der katholischen Kirche CPT, Juristenverbände wie die *Associação de Advogados da União pela Democracia*, die Landlosenbewegung MST, die Bewegung der Staudambetroffenen MAB, das Medienkollektiv Midia Ninja, die Bewegung der Schwulen, Lesben und Transsexuellen ABGLT, Gewerkschaften wie die CUT, Umwelt- und Kleinbauernbewegungen wie *La Via Campesina* und Frauenbewegungen wie den *Marcha Mundial das Mulheres*.

Neben dem Verlust demokratischer Legitimität fürchten diese Gruppen einen Abbau der von ihnen in den vergangenen Jahrzehnten erkämpften sozialen Rechte. Große Teile der brasilianischen Volksvertreter*innen stehen für den Vormarsch evangelikaler Kräfte, die für eine reaktionär-konservative Politik eintreten. Frauenrechte, Religionsfreiheit, ein Recht auf freie Sexualität sowie Rechte von Minderheiten haben auf ihrer Agenda keinen Platz.

In den Hauptstädten der Bundesstaaten kommt es immer wieder zu Demonstrationen gegen Temer, der im Falle einer Bestätigung des Amtsenthebungsverfahrens bis 2018 regieren dürfte. Im politischen Tagesgeschäft haben Mitglieder der sozialen Bewegung bereits ihren Rückzug aus Räten und Arbeitsgruppen angetreten, um ein Signal gegen die nicht akzeptierte Regierung von Temer zu setzen. Ihr Kampf gegen Rassismus, Gewalt und für ein gutes Zusammenleben (*Bem Viver*) könne einen institutionellen Putsch nicht mittragen. So hat z.B. die ANMB, die Vertretung afrobrasilianischer Frauen eine Stellungnahme² verfasst, die ihr Ausscheiden aus beratenden Funktionen begründet.

Temer selbst begnügt sich als Interimspräsident nicht mit der kommissarischen Fortführung der Amtsgeschäfte, sondern baut die Machtzentrale radikal um. Ganz im Sinne der alten Elite des Landes wurden als erstes Staatsangestellte mit einer Lohnerhöhung von 22%

¹ <http://www.redebrasilatual.com.br/politica/2016/04/movimentos-sociais-e-centrais-sindicais-anunciam-lutas-e-reafirmam-que-nao-reconhecerao-governo-temer-7931.html>

² <http://www.amnb.org.br/noticias.asp?id=133#ancora>

bedacht, während die Staatsverschuldung auf 170 Mrd. R\$ in die Höhe geschraubt wird³. Eine erstaunliche Großzügigkeit angesichts der Rezession, unter der Brasilien leidet.

Es geht im politischen Verfahren des Impeachments allerdings längst nicht mehr um Korruptionsbekämpfung, sondern eher um Vertuschung derselben. Temer, Cunha und andere mächtige Entscheidungsträger sind selbst der Bestechlichkeit angeklagt – im Gegensatz zu Dilma Rousseff. Durch ihre Ämter schienen sie zunächst vor Strafverfolgung geschützt zu sein. Anfang Juli musste Parlamentspräsident Cunha⁴ sein Amt abgeben, der Oberste Gerichtshof hatte den Strategen des Amtsenthebungsverfahrens gegen Dilma bereits Anfang Mai wegen strafrechtlicher Vorwürfe suspendiert. Sein Parlamentssitz bleibt dem evangelikalen Politiker erhalten. Die ersten Monate der Interimsregierung Temer sind geprägt von vier Rücktritten. Davon drei Minister einer Regierung, die sich ausschließlich aus wohlhabenden älteren Männern weißer Hautfarbe mit wirtschaftspolitischem Schwerpunkt zusammensetzt. Alle weiteren gesellschaftsrelevanten Themen wurden eliminiert oder untergeordnet.

Der strategische Partner Deutschland hält sich bislang mit Kritik zurück. Politikberater in Berlin sprechen statt vom kalten Putsch von einem politischen Umschwung, den es zu nutzen gelte⁵. Nach ihrer Empfehlung sollen Themen wie die Initiative zur Cyberpolitik oder die Klimapolitik neu angegangen werden.

Diese unkritische Haltung kann das Brasilien-Netzwerk KoBra nicht einnehmen. Das Amtsenthebungsverfahren ist zu deutlich von Eigeninteressen der Entscheidungsträger begleitet. Der Kampf dagegen dauert an.



³ <http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/brasilianische-uebergangsregierung-schamlose-selbstbedienung-ld.87116>

⁴ <http://www.nzz.ch/meinung/brasilien-parlamentspraesident-eduardo-cunha-tritt-zurueck-ld.104559>

⁵ http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A36_ilm.pdf

Indigene wehren Ernennung eines Militärs als Präsident der FUNAI ab

Nach viel Kritik wegen ihres zurückhaltenden Agierens in der Ausweisung von indigenem Territorium hat Dilma Rousseff kurz vor ihrer Amtsenthebung noch ein Zeichen gesetzt. Es kam allerdings reichlich spät. In letzter Minute hat sie die Anerkennung und Homologisierung einiger Territorien vollzogen, insgesamt eine Million Hektar⁶. Die Präsidentin bestätigt dabei eine demarkierte Fläche per Dekret. Dies ist der letzte juristische Schritt, bevor es zur Registrierung des Territoriums beim Notariat des Verwaltungsbezirks und beim Finanzministerium kommt.

Der neu ernannte Justizminister der Übergangsregierung Alexandre Moraes wird in der *Folha de São Paulo* zitiert, dass er Demarkierungen rückgängig und zukünftige Demarkierungen indigener Territorien unmöglich machen wolle.

Seit Juni ist die Behörde FUNAI, die für indigene Fragen zuständig ist, ohne Führung. Mit der Amtsenthebung Dilmias gab auch Senator João Pedro Gonçalves (PT) seinen Vorsitz ab, den er ein Jahr lang innehatte.

Als die Überlegung, den Militär General Roberto Sebastiao Peternelli zum Präsidenten der Behörde FUNAI zu ernennen, die Runde durch die sozialen Netzwerke macht, erscheint sie wie ein übler Scherz. Der Reserve-General wurde von der PSC empfohlen, er steht dem Flügel um Waffenlobby, agrarindustrielle und evangelikale Interessen nahe. Sein Standpunkt liegt konträr zu den Interessen der Indigene, hat er doch die PEC 215 befürwortet, die die Rechte der Indigenen schmälern soll. Außerdem bekennt er sich in sozialen Netzwerken immer noch zu Militärschlägen gegen den Kommunismus⁷.

Umgehend brachten 50 Organisationen ihre Gründe gegen eine Ernennung Peternellis beim Ministerium vor, die Abip (Vertretung indigener Völker Brasiliens) und der Indigenen-Missionsrat CIMI haben mit Protestbriefen reagiert. Sie befürchten, dass Peternelli nur eine Marionette der Unternehmer und Politiker wäre, die die mineralische Rohstoffausbeutung in indigenen Gebieten erleichtern und vorantreiben wollen.

In der zweiten Juliwoche hatte der Protest von annähernd 90 Indigenen Anführern unterschiedlicher Völker Erfolg⁸. Justizminister de Moraes verkündete, dass die Interimsregierung Peternelli nicht nominieren wird. Die Regierung würde die Stelle mit einem anderen Profil besetzen. Der Kazike Arua Pataxó aus dem südlichen Bahia wünscht sich für die Stelle eine Person, die neuen Wind in die Dialogprozesse bringe und Sensibilität für die indigene Sache mitbringe. Es gelte derzeit, die Übergangsregierung dafür zu

⁶ <http://apublica.org/2016/05/o-congresso-nao-tem-perfil-para-garantir-a-terra-indigena-diz-presidente-da-funai/>

⁷ <http://www.inesc.org.br/noticias/noticias-do-inesc/2016/julho/um-general-na-funai-mais-um-ataque-aos-direitos-indigenas>

⁸ https://www.socioambiental.org/pt-br/noticias-socioambientais/governo-descarta-nomeacao-de-general-para-funai-apos-manifestacoes-de-indigenas?utm_medium=email&utm_source=transactional&utm_campaign=manchetes%40socioambiental.org

sensibilisieren, dass es durch voreilige Beschlüsse nicht zu Rückschritten in rechtlichen und politischen Fragen für die indigene Bevölkerung kommen dürfe.

Kritische Themen wie die geplante PEC 215 (siehe Projektbericht KoBra November 2015⁹) oder der Erlass 303, nach dem indigenes Territorium nach vollzogener Ausweisung/Demarkation nicht erweitert werden darf, wurden bei dem Treffen mit Regierungsvertretern ebenfalls angesprochen.

Kampf der Guarani-Kayowá gegen Rassismus, Räumung und tödliche Gewalt

Entlang der Straßenränder der Bundesstraße BR 436 in Dourados im Bundesstaat Mato Grosso do Sul kampieren Familien der Guarani-Kayowá-Gemeinde Apy Ka`y, die 1999 von der industriellen Landwirtschaft von *Tekoha*, ihrem angestammten Land vertrieben wurden. In dieser Zeit wurden nach Aussagen von Survival international¹⁰ acht Personen vom Verkehr getötet, eine weitere starb an Pestiziden. 2013 hatte die Gemeinschaft zum wiederholten Mal einen kleinen Teil ihres Landes besetzt. Anfang Juli wurde sie von einem Aufgebot von 100 Bundes- und Militärpolizisten und Baggern von ihrem angestammten Land geräumt, das heute zu der Farm Serrana gehört.

Auf der Fläche der Farm Serrana wird Zuckerrohr in Monokultur angebaut, der im Unternehmen São Fernando zu Ethanol für den Weltmarkt weiterverarbeitet wird. Das Unternehmen hat die Flächen für diesen Zweck gepachtet. Nach Angaben des MST¹¹ wurde 2014 knapp die Hälfte des Unternehmens an Investoren der Vereinigten Arabischen Emirate veräußert, so dass der Streitfall sich längst nicht mehr ausschließlich in der Zuständigkeit nationalen Interesses befindet.

Der rassistische Unterdrückungskampf gegen die indigene Bevölkerung Brasiliens schlägt sich auch in der Verfolgung und Kriminalisierung der Menschenrechtsverteidiger*innen von Organisationen wie z.B. dem indigenen Missionsrat CIMI nieder. Justiz, Gouverneur und Polizei – die gesamte Ordnungsmacht steht auf Seiten der Großgrundbesitzer*innen oder Unternehmen. Dies bestätigt auch ein neues Fact-Sheet von FIAN Deutschland¹², das besagt, dass ein Untersuchungsausschuss des Parlaments von Mato Grosso do Sul gegen die Indigenen-Pastorale der katholischen Kirche ermittelt. Nach ihren Angaben befinden sich derzeit acht indigene Anführer und zehn Dörfer im Nationalen Programm zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger*innen.

⁹ <http://www.kooperation-brasilien.org/de/publikationen/dossiers/pdf/1506IndigeneundLandrechte.pdf>

¹⁰ <http://www.survivalinternational.de/nachrichten/11355>

¹¹ <http://www.mst.org.br/2015/07/10/deixem-os-indigenas-guarani-kayowa-viverem.html>

¹² <https://www.fian.de/artikelansicht/2016-06-07-neues-factsheet-der-kampf-der-guarani-kaiowa-um-land-und-wuerde/>

Nach einer aktuellen Studie von FIAN international von 2016 leiden 100 Prozent der Guarani-Kayowá in Mato Grosso do Sul an Hunger oder Nahrungsunsicherheit. 90 Prozent der Guarani-Kayowá sind von Lebensmittelhilfen in Form von Essenskörben abhängig, die im Rahmen des Sozialprogramms *Bolsa familia* verteilt werden. Bis zu ihrer Vertreibung konnten sich die Indigenen autonom ernähren. Streitpunkt ist in diesem Fall außerdem, dass nur Indigene, die sich nicht im Kampf um Land befinden, einen Anspruch auf diese staatliche Unterstützung haben. Faktisch betrifft diese assistenzialistische Haltung nur Indigene, die in Reservaten leben. Die politische Aussage dahinter lautet: Ein Indigener am Straßenrand hat keine Rechte und ein Indigener mit Rechten darf keinen Landanspruch erheben.

Fian beklagt, dass der fehlende Landzugang einem schleichenden Genozid an einem ganzen Volk gleichkommt, während auf dem umkämpften Land die Erträge von Soja, Zuckerrohr und Mais in die Höhe geschraubt werden und die Taschen von multinationalen Agrargiganten wie Cargill, Bunge, Monsanto und ADM (Archer Daniels Midland Company) füllen. Zwischen 2000 und 2013 verdoppelte sich nahezu die Anbaufläche für die Sojaproduktion, die Zuckerrohrproduktion wuchs um das Sechsfache, die Anbaufläche für Mais um das Vierfache an.

Diese Produktionssteigerung ist allein durch ein massives Landgrabbing möglich. Mato Grosso do Sul gehört zu den fünf Bundesstaaten Brasiliens, die am meisten von diesem globalen Problem betroffen sind. Im Jahr 2015 konnten 28 ausländische Unternehmen (einige Beispiele s.o.) durch Pacht oder Kauf von Flächen landwirtschaftliche Primärgüter anbauen. Dem gegenüber steht der Kampf der Guarani-Kayowá um Land, das ihrem Überleben neue Perspektive geben kann. 2014 nahmen sich 48 Guarani-Kayowá das Leben. Der Landstrich, auf dem die Guarani-Kayowá leben, wird auch mit dem Gaza-Streifen verglichen, weil an diesem Ort die sonst gängigen Menschenrechte außer Kraft gesetzt scheinen.

Brasil de fato¹³ berichtet am 12. Juli von lebensbedrohlichen Übergriffen auf drei Indigene der Guarani-Kayowá im Munizip Caarapó. Auf einen Erwachsenen und zwei Jugendliche wurden während eines rituellen Tanzes geschossen, ein Jugendlicher wurde dabei schwer verletzt. Der Verdacht fällt auf die Landbesitzer der Region. Einen Monat zuvor war an derselben Stelle Claudione Souza, ein 26-jähriger Indigener getötet worden. Nach diesem Mord hatten Bauerngewerkschaft, Indigene und Innenministerium ein Friedensabkommen unterzeichnet, bei dem sich die Landbesitzer verpflichtet haben, keine weitere Gewalt anzuwenden. Im Gegenzug haben die Indigenen zugesichert, keine Landbesetzungen durchzuführen. Bereits eine Woche später kam es erneut zu Angriffen auf die Indigenen, allerdings ohne Verletzte.

Streitpunkt der Auseinandersetzung ist auch hier die Rückforderung der Indigenen von Land, das sie als traditionelles Territorium beanspruchen. Es ist gleichzeitig die Absage an ein

¹³ <https://www.brasildefato.com.br/2016/07/12/kaiowas-sofrem-mais-um-atentado-em-caarapo-ms/>

Leben in einem zugewiesenen Reservat. Das Reservat sei ein künstliches Gebilde, mit einer Fläche von 3.000 Hektar außerdem zu klein für eine Gruppe von fünf bis siebentausend Menschen. 2016 wurde der Abschlussbericht der Indigenenbehörde Funai veröffentlicht, der den Indigenen einen Landanspruch von 55.000 Hektar zuspricht. Die Landbesitzer erkennen diesen Landanspruch nicht an, sie kämpfen gegen die Enteignung. Seit 2012 war es in diesem Streitfall zu 10 Landbesetzungen/-rückgewinnungen gekommen, die Hälfte davon nach dem Attentat im Juni. Seit damals ist das Militär für die Sicherheit der Indigenen hinzugerufen worden. Bei dem erneuten Überfall kam das Wachpersonal jedoch erst zwei Stunden nach den Schüssen.

Die geplante Vereinfachung der Genehmigung von Großprojekten - PEC 65

Die Vorlage zur Verfassungsänderung PEC 65/2012¹⁴ sieht die Abschaffung des dreistufigen Systems der vorläufigen, der Niederlassungs- und der definitiven Betriebsgenehmigung von Großprojekten vor. Stattdessen will sie nur noch auf die Erstellung einer Umweltfolgenstudie durch die am Bauvorhaben interessierte Firma setzen. Anhörungen oder weitere Auflagen, die von den Firmen allzu oft als "Gängelung durch die Behörden" angesehen werden, könnten dann zwar weiterhin durchgeführt werden, aber sie hätten keine faktische Rechtseinwirkung mehr auf den Fortgang (oder eben Nicht-Fortgang) des Großprojekts. So soll nach Willen der Befürworter*innen der PEC 65/2012 sichergestellt werden, dass Großprojekte in ihrem Lauf nicht mehr "behindert" werden sollten. Für industrielle Großprojekte, Staudämme oder extraktive Industrien wie Bergbau, Rohstoffförderung und -verarbeitung gäbe es dann in Brasilien kaum noch Hindernisse, es sei denn, es stellten sich ihnen mutig ein paar Kleinbauern und -bäuerinnen, Indigene oder Fischer*innen entgegen. Doch ob diese noch genügend Kraft zum Widerstand haben werden, ist mehr als fraglich.

Schwerpunktthema: Die Neuerfindung der Linken in Brasilien

Nach 14 Jahren wurde die Regierungszeit der brasilianischen Arbeiterpartei PT über ein Amtsenthebungsverfahren, das die sozialen Bewegungen in Brasilien als Putsch bezeichnen, beendet. Die Bestätigung der Suspendierung Dilma Rousseffs durch den Senat steht noch aus, aber die Machtverhältnisse deuten darauf hin, dass ein Umdenken unwahrscheinlich erscheint.

Das „linke Projekt“ war zunächst mit großen Hoffnungen gestartet und gefeiert worden. Der Anspruch war es, gerechter, partizipativer und besser zu regieren als die Vorgängerregierungen. Lula kam aus der Gewerkschaftsbewegung, dem Arbeitermilieu und

¹⁴ <http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/die-pec-65-2012-das-fanal>

hatte einen guten Draht zu den sozialen Bewegungen. Dilma löste ihn 2011 als Präsidentin ab – als Frau und ehemalige Kämpferin gegen die Militärdiktatur hatte man auch an sie hohe Erwartungen.

Die PT-Regierung kann durchaus sozialpolitische Erfolge vorweisen. Beim Thema Armutsbekämpfung erhöhte sie den Mindestlohn und führte Sozialleistungen wie zum Beispiel *Bolsa familia* für ärmere Bevölkerungsgruppen ein. Diese Instrumente haben annähernd 40 Millionen Menschen den Aufstieg in eine neue untere Mittelschicht ermöglicht. Das soziale Wohnungsbauprogramm *Minha casa, minha vida* hat vielen Einkommensschwachen und ärmeren Familien die Option neuer Mietwohnungen ermöglicht. Quotenregelungen an staatlichen Universitäten und verpflichtender Schulbesuch für die Kinder der Empfänger*innen von Sozialleistungen schufen einen gerechteren Bildungszugang für bislang Ausgeschlossene.

Gleichzeitig mussten – vermeintlich um der Regierbarkeit Willen - Kompromisse geschlossen oder sogar Kröten geschluckt werden. Bei der Durchsetzung von Projekten spielte auch Korruption eine Rolle. Der Mensalão-Skandal (Stimmenkauf bei Abstimmungen) kratzte am Lack linker Politik um Präsident Lula. Vermeintlicher Erfolg und Machterhalt heiligten auch in der PT die Mittel und förderten deren Glaubwürdigkeitsverlust, zumindest in moralischen Fragen.

Kritik von außen wurde abgewiesen und von innen nicht zugelassen. Zu groß war die Angst, dass nur der Unbeirrbare erfolgreich wirkt und sich die Wähler*innen abwenden, wenn Politiker Fehler einräumen oder für Projekte keine Mehrheiten finden. Wie viel Authentizität verträgt die Zivilgesellschaft, die gleichzeitig auch das Wahlvolk ist?

Das lange verfolgte brasilianische neo-extraktivistische Entwicklungsmodell war womöglich so ein Kompromiss. Ein Erfolg war es nicht. Das Wachstumsbeschleunigungsprogramm PAC mit seinem infrastrukturellen Ausbau von Wasserkraft (Belo Monte u.a.), Straßen, Häfen und Wasserwegen im Amazonasraum ging mit großer Ignoranz über die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung, über die Interessen von Indigenen, Quilombolas und anderen traditionellen Gemeinschaften hinweg. Ein wirtschaftlicher Höhenflug führte zu politischen und geostrategischen Haltung eines Global Players, dem der Bodenkontakt und zunehmend die Verbindung zur eigenen Basis verloren ging. Themen wie Landreform und gerechter Zugang zu Land schienen in den politischen Entscheidungsgremien trotz PT-Präsidentschaft nie mehrheitsfähig und wurden zunehmend vernachlässigt.

Gemeinsam sind wir stark: *Frente Povo sem Medo* und *Frente Brasil Popular*

Neben aller Kritik an der jüngeren Politik der PT breiten sich bei den sozialen Bewegungen in Brasilien und den internationalen Partnerorganisationen Frust und Unsicherheit aus, wie es weitergehen kann. Kann die PT – womöglich mit einem zurückgekehrten Lula – erneut die Kräfte bündeln? Und sich bis zur nächsten Wahl der Kritik ihrer Basis stellen? Bündnisse wie

die *Frente Povo sem Medo*¹⁵, die 2015 gegen den Rechtsruck bei Demonstrationen entstanden ist und sich die Verteidigung sozialer Errungenschaften auf die Fahnen geschrieben hat, oder die *Frente Brasil Popular* drängen auf die Wichtigkeit von politischen Reformen: Politik dürfe nicht von Wahlkampfspenden und dem Großkapital abhängig sein. Als Stärkung der Demokratie brauche sie außerdem Instrumente, über die die Bevölkerung an Entscheidungen direkt zu beteiligen sei. Dies fordert u.a. Guilherme Boulos¹⁶, der Vorsitzende der Obdachlosenbewegung *Movimento dos Trabalhadores Sem-Teto MTST*. Er beobachtet außerdem, dass es eine neue Präsenz von Demonstrationen und Besetzungen gibt, sei es von Lehrer*innen und Schüler*innen, die in Espiritu Santo, Rio Grande do Sul, São Paulo, in Goiás Schulen besetzt haben. In Rio de Janeiro wurde neben über 60 Schulen das staatliche Schulamt besetzt¹⁷, um für besser ausgebildetes Personal, eine bessere Ausstattung und mehr Mitsprache der Schüler*innen zu protestieren. Die Übergangsregierung Temer hatte zunächst das Kultusministerium abgeschafft. Die Demonstrant*innen haben eine klassische Protestform der Landlosen- und Obdachlosen-Bewegungen übernommen, die in den zurückliegenden Regierungsjahren an Bedeutung verloren hatte. Blockaden von Straßen und Landbesetzung gehörte dereinst zum gefürchteten Repertoire Protestierender. Der Fokus wurde stattdessen vermehrt auf Kooperation, dem sich Einbringen in die Regierung gelegt. Nun kehren diese machtvollen Ausdrucksformen politischer Gegengewalt zurück in die öffentliche Wahrnehmung.

Der Wunsch nach neuen, unverbrauchten Akteur*innen, die dem Kampf um soziale Gerechtigkeit neue Impulse bringen, wird hörbar. Kann es so einfach sein? Kann eine neue Führungspersönlichkeit, eine neue Partei, eine neue Bewegung das entstandene Vakuum füllen? Das bisherige Motto des vereinten Weiterkämpfens, des Ausblendens eigener Fehler kann es jedenfalls nicht sein. Problematisch sind zudem die verhärteten Fronten innerhalb der brasilianischen Bevölkerung – die Suche nach Werten und Orientierung fordert eine Positionierung, die aktuell zur Polarisierung führt. Rechte und ultrakonservative Gruppen artikulieren sich als großer Teil der Zivilgesellschaft. Ihre gewählten Vertreter*innen sind Teil der vielbeschworenen Interessensvertretung BBB (*biblia/bala/boei*) im Parlament.

Die neue soziale Bewegungs-Partei *Raiz* – *movimento cidadanista*

Alternativen zu dieser Polarisierung gibt es, auch wenn sie noch nicht laut vernehmbar sind. Eine neue soziale Bewegungs-Partei hat Luiza Erundina mit gegründet, die derzeit Kongressabgeordnete für die linke PSOL ist. 1989 und 1993 war sie Bürgermeisterin von São Paulo, damals noch für die PT. Die neu gegründete Bewegungs-Partei *Raiz* – *movimento*

¹⁵ <http://www.sinsej.org.br/wp-content/uploads/2015/11/Manifesto-POVO-SEM-MEDO.pdf>

¹⁶ <http://www.raiz.org.br/estamos-no-fim-de-um-ciclo-da-esquerda-no-pais-diz-boulos>

¹⁷ <http://agenciabrasil.ebc.com.br/geral/noticia/2016-05/estudantes-encerram-ocupacao-da-secretaria-de-educacao-no-rio>

*cidadanista*¹⁸ plädiert für ein neues Demokratieverständnis. Die Machtausübung der Linken brauche grundlegende Änderungen, die folgenden Prinzipien folgen sollten:

- **Ubuntu**

„Ich bin, weil du bist - wir sind, weil ihr seid“ – die Ethik des Ubuntu aus der südafrikanischen Xhosa-Tradition bricht mit dem Individualismus und bestärkt die Gemeinschaft. Es gilt, die Abhängigkeit und Verbundenheit untereinander anzuerkennen. Die Folge daraus sind Zusammenarbeit, Dialog, Teilhabe und Solidarität. Desmond Tutu und Nelson Mandela werden als Vorbilder dieser Geisteshaltung beschrieben. Bewusst wird hier mit westlichem Denken gebrochen, es gelte die Selbstbezogenheit des übertriebenen Individualismus zu überwinden. „Trage ich mit meinem Handeln dazu bei, dass es der Gemeinschaft um mich herum besser geht?“ bringt es Nelson Mandela auf den Punkt.

Der Geist des Ubuntu ist in einer *Roda de Samba*, einer *Roda de Capoeira* wiederzufinden, im *Jongo* (ländlicher Samba aus dem Südosten Brasiliens) und im *Candomblé*, weil diese alle ohne Hierarchien auskommen.

Der Begriff Ubuntu wird auch für ein auf Linux basierendes Computer-Betriebssystem verwendet. Hier lässt er den Traum einer partizipativen Entwicklung aufkommen.

- **Teko Porã/Bem Viver/Buen Vivir**

Über *Buen Vivir* ist schon viel geschrieben worden. *Teko Porã*¹⁹ heißt das politische, ökonomische und soziale Konzept auf Guaraní. Aus dem andinen Raum kommend spricht diese indigene Haltung der Umwelt ein eigenes Existenzrecht zu, das juristisch einklagbar ist. Es geht um ein gutes Zusammenleben mit der Mutter Erde. *Buen Vivir* basiert auf einem plurinationalen Gemeinschaftsgedanken, der Solidarität und Gleichwertigkeit beinhaltet. Die Vielfalt der Menschen und kulturellen Hintergründe wird hier anerkannt und wertgeschätzt. Die Natur oder Mutter Erde ist die Grundlage allen Lebens. Als Teil von ihr gilt es, ihr Gleichgewicht zu achten. *Buen Vivir* steht dem westlichen Wohlstandsleben kapitalistischer Systeme gegenüber, das als Maxime einem Wachstums- und Konsumparadigma folgt und dabei die natürlichen Ressourcen überstrapaziert.

Raiz betont, dass es um ein Modell für ein gerechteres Zusammenleben geht, um einen nachhaltigen Umgang mit der Natur, um solidarische Wirtschaftskreisläufe – ein Modell, das Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam verfolgen sollten.

- **Ecosocialismo**

Ein „Umweltsozialismus“²⁰ repräsentiert bei *Raiz* eine Reihe von Postwachstumsüberlegungen in Verbindung mit einem Loblied auf grüne Technologie

¹⁸ <http://www.raiz.org.br/>

¹⁹ <http://www.raiz.org.br/teko-pora>

²⁰ <http://www.raiz.org.br/ecossocialismo>

mit sozialer Verantwortung. Zugrunde liegt erneut die Kritik am Kapitalismus, der systemimmanent keine Lösungen für die globalen Umwelt- und Klimakrisen zu bieten hat.

Eine Bewusstmachung von Gemeinwesen und Gemeingütern tritt beim „Umweltsozialismus“ an die Stelle von Gewinnmaximierung und Wettkampf. Produktion und Konsum organisieren sich in überschaubaren, lokalen Kreisläufen. Öffentlicher Nahverkehr löst die Fixierung auf den Individualverkehr des Autos ab. Innovationen verbessern die Bereiche wie Wasser- und Abwasserversorgung. Hier hat Brasilien eine Menge aufzuholen. Eine vielschichtige Energiematrix hört mit der Zerstörung von Flüssen und Wäldern für mehr Wasserenergie auf. Stattdessen wird der Energiesektor um erneuerbare Energien im Solar und Windbereich erweitert. Aber auch Energiesuffizienz spielt in diesem Szenario eine entscheidende Rolle, sie gilt es zu stärken.

- ***Consenso progressivo***

Die anzustrebende Kultur der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung bezeichnet *Raiz* als progressiven Konsens. Er sei einer Mehrheitsentscheidung vorzuziehen, bei der die Auseinandersetzung mit der Sache direkt aufhört bzw. Befürworter*innen und Gegner*innen hinterlässt, die je nach Thema nur noch wenig verbindet.

Beim Konsens müssen die verschiedenen Haltungen eine gemeinsame Lösung miteinander aushandeln, die dahinterliegende Grundhaltung ist die eines Mediators. Gegenseitiges Zuhören und Verstehen der Beweggründe ist jeweils essentiell. Der Weg zum Konsens ist mühsam und langwieriger als bei einer einfachen Abstimmung. Das Ergebnis kann jedoch im Idealfall von allen mitgetragen werden.

Jede Stimme zählt – Das Ende des Impeachments

Die Entscheidung des Nationalkongresses über Rückkehr oder endgültige Suspendierung von Dilma Rousseff wird mit Spannung erwartet, wahrscheinlich kurz nach Ende der Olympiade in Rio de Janeiro. Eine Crowdfunding-Kampagne²¹ von zwei alten Weggefährtinnen aus dem Kampf gegen die Diktatur hat finanzielle Mittel für Reisen der abgesetzten Präsidentin eingespielt. Dilma bleibt wenig Zeit, um ihr angeschlagenes Image der jüngsten Zeit aufzubessern – sie befindet sich quasi in einem außerplanmäßigen Wahlkampf. Bei der entscheidenden Abstimmung benötigt sie 28 Stimmen des Senats, die sich gegen die Amtsenthebung aussprechen. 22 Stimmen hatte sie im ersten Durchlauf bereits erhalten. Sollten diese alle bei ihrer Haltung bleiben, fehlten 6 neue Senator*innen, um die Suspendierung rückgängig zu machen. Nach Angaben von *El Pais*²² kämpfen Temer und Rousseff um die Stimmen von 17 Senatoren, deren Abstimmung im zweiten Durchgang als

²¹ <http://exame.abril.com.br/brasil/noticias/crowdfunding-bate-meta-e-dilma-ganha-r-500-mil-para-viagens>

²² http://brasil.elpais.com/brasil/2016/07/07/politica/1467844647_479336.html

offen oder abweichend eingeschätzt wird. Andere Pressestimmen analysieren, dass es zwei Gruppen²³ im Kongress gibt, die zu einer Änderung ihres Abstimmungsverhaltens bereit sein könnten – eine davon allerdings unter der Voraussetzung, dass Dilma anschließend Neuwahlen zulässt. Eine zweite Gruppe könnte neu zu der Auffassung gelangt sein, dass die vorgebrachten Vorwürfe gegen Dilma nicht ausreichen. Nach einzelnen Aussagen hat diese Gruppe bei der ersten Abstimmung nicht Pro-Amtsenthhebung, sondern für eine tiefere Untersuchung der Vorwürfe gestimmt. Inzwischen haben ausführliche Anhörungen stattgefunden und es liegt eine umfassende Verteidigungsschrift der Angeklagten vor. Dass darüber einige Kongressabgeordnete ihr Abstimmungsverhalten ändern, ist vorstellbar.

Aktivitäten im europäischen Raum

Die Langzeitdokumentation gegen den zerstörerischen Ausbau der Wasserkraft im Amazonasgebiet von **Martin Keßler** hat eine neue Folge erhalten. **Count down am Xingu V**²⁴ läuft nun in Kinos und bei Veranstaltungen an. Der inhaltliche Bogen reicht von der Umweltzerstörung rund um das Megaprojekt Belo Monte, über Indigene, denen zukünftig das Wasser zum Leben fehlt über Baukonzerne, die im Rahmen des Petrobras-Skandals wegen Korruption angeklagt sind. Betroffene der Flüsse Xingu und Tapajós sowie Umweltaktivist*innen brachten bei der Fastenaktion des katholischen Hilfswerks **Misereor** und beim Alternativen Internationalen Klimagipfel Ende 2015 in Paris ihren Protest gegen die Beteiligung europäischer Firmen wie Siemens vor. Diese sträuben sich bislang gegen jede unternehmerische Verantwortung an der weitreichenden Zerstörung am Xingu. Dort wurde inzwischen die dritte Turbine in Betrieb genommen. Die suspendierte Präsidentin Rousseff steht nach wie vor hinter ihrem Prestigeprojekt. Die brasilianische Journalistin Eliane Brums spricht hingegen – in Anspielung auf die Amtsenthebung und die zuvor gesunkenen Zustimmungswerte der Präsidentin - davon, dass sich Dilma am Xingu selbst ein Requiem²⁵ geschrieben habe.

Greenpeace²⁶ hat sich in die Kampagne um die Amazonaszerstörung durch Wasserkraft eingemischt. Die Umweltorganisation konfrontiert beharrlich europäische Energiekonzerne mit ihrer unternehmerischen Verantwortung in Bezug auf die Zerstörung von indigenem Lebensraum und Regenwald. Ein Teilerfolg ist nun die Distanzierung des internationalen Energiekonzerns Engie (in Frankreich ehemals GDF Suez, in Deutschland als Engie Deutschland AG) von Megastaudammprojekten im Amazonasgebiet, die den Regenwald bedrohen. Als nächster Schritt müsse sich der Energiekonzern nun von der Beteiligung beim Staudambau am Rio Tapajós distanzieren, so die Greenpeace-Forderung. Dort kämpft das indigene Volk der Munduruku dagegen, dass der Fluss, der für ihr Überleben elementar ist

²³ <http://www.redebrasilatual.com.br/politica/2016/06/quatro-grupos-se-articulam-para-sessao-do-impeachment-um-pro-temer-tres-pela-volta-de-dilma-4005.html>

²⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=Ugi0kP-Mj6o>

²⁵ http://brasil.elpais.com/brasil/2016/05/09/opinion/1462804348_582272.html

²⁶ <https://www.greenpeace.de/themen/waelder/auf-abstand>

zur Energiegewinnung aufgestaut und genutzt wird. Für das Gesamtprojekt sind 40 Staudämme vorgesehen. Nach Angaben von Greenpeace würde der Stausee von São Luiz do Tapajós alleine ein Gebiet doppelt so groß wie München verschlingen, viele Tierarten stark bedrohen und das indigene Munduruku-Volk zwingen, Teile seiner angestammten Heimat zu verlassen. Eine Petition zum Schutz des Amazonas-Regenwaldes und des hier ansässigen indigenen Munduruku-Volkes erreichte jüngst mehr als eine Million Unterschriften weltweit. Im Juni erschien außerdem die **Greenpeace-Publikation²⁷: Siemens – Grüne Innovation oder Amazonaszerstörung?**

Der Runder Tisch Brasilien 2016²⁸ thematisiert in Bonn **Brasilien im Umbruch: Menschenrechte | Umweltschutz | Demokratie**. Vom 18.-20.11. beschäftigt sich der Runde Tisch Brasilien mit dem politischen Umbruch, den die sozialen Bewegungen in Brasilien vielfach als Putsch bezeichnen. Welche Auswirkungen hat er auf die sozialen Errungenschaften der zurückliegenden Jahre? Wie gehen die sozialen Bewegungen damit um? Im Detail geht es um die Themenfelder Menschenrechte, Demokratie und Umwelt. Die Gäste vermitteln Inhalte zu folgenden Aspekten: Indigene, Bergbau, Biodiversität, Recht auf Stadt und Sexuelle Gewalt. Für den Themenbereich Minderheitenrechte und Indigene sind unter den Gästen aus Brasilien Dom Roque Paloshi, der neue Präsident des Indigenen Missionsrats CIMI und Armindo Goes Melo, ein Vertreter der Yanomami. Über die Tagungsinhalte wird Anfang November eine Doppelausgabe des Brasilicums erscheinen. Die Anmeldung zur Tagung läuft.

Im Vorfeld der Olympiade in Rio de Janeiro bietet **KoBra** auf seinem **Olympia-Blog Spiele der Ausgrenzung²⁹** Informationen jenseits der klassischen Sportberichterstattung. Die Beiträge stammen u.a. von Niklas Franzen aus Rio de Janeiro, von Aktivist*innen aus dem Umfeld des Basiskomitees *Comitê popular Rio Copa e Olimpíadas* und von der NOlympia-Bewegung in Hamburg. Ein neuer **KoBra-Radiopodcast +1@café³⁰** ist ebenfalls den Olympischen Spielen gewidmet.

Die **Heinrich-Böll-Stiftung** hat im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele in Rio de Janeiro ein **E-Paper³¹** herausgebracht: **Private Spiele? Die öffentlichen Kosten, die das Olympia-Budget verschweigt**. Autor*innen sind Julia Bustamante und Caio Lima vom Politikinstitut PACS in Rio.

²⁷ https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20160617_greenpeace_tapajos-report.pdf

²⁸ <http://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/runder-tisch-brasilien/rtb-2016-1/rtb-2016>

²⁹ <https://olympia2016.noblogs.org/>

³⁰ <http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/wm-2014-olympiade-2016/1c-fe-olympische-spiele-in-rio-de-janeiro>

³¹ <https://www.boell.de/de/2016/06/19/private-spiele>